



## Haushaltsrede 2025 im Kreistag am 05.12.2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren aus dem Kreistag, wehrte Presse, liebe Besucher,

Wir leben in interessanten Zeiten.

An ein und demselben Tag erklärt sich Donald Trump zum König von Amerika und lässt sich von Seinen Untertanen schon vorab feiern und Olaf Scholz sieht sein Scheitern ein und erklärt seinem Volk, ungewohnt laut und heftig, das Ende der Ampel.

Ich vermute, dass es den amerikanischen Wählern noch gar nicht klar ist, was für eine Dystopie sie sich da heranziehen.

Für Deutschland kann ich nur hoffen, dass wir uns bei der anstehenden Wahl nicht ähnlich engstirnig und dumm wie die Amerikaner verhalten.

Ich habe es mir abgewöhnt, mich über Dinge aufzuregen oder zu ärgern, die ich eh nicht ändern kann.

Allerdings hätte ich mich in der Finanzausschusssitzung am 15.11 über das wiederholte Fernbleiben unserer Presse geärgert, wenn ich nicht vor der Sitzung beim Frühstück die Zeitung gelesen hätte.

Da stand ja schon alles drin !

Der Landrat hatte den GN doch schon den Haushalt dargelegt und **alles** erklärt. Was interessiert da noch der Standpunkt der Politik im Finanzausschuss.

Der von der Verwaltung vorgestellte Haushalt wird ja eh in Gänze von der Politik nur noch abgenickt.

Außerdem sind von der Politik in diesem Jahr sowieso so gut wie keine kostenrelevanten Anträge dabei.

Nur eine Handvoll Handlungsschwerpunkte und Produktziele

- schön mit der Verwaltung abgestimmt – es darf ja auch nicht zu viel werden.

Die Verwaltung ist ja wie immer unterbesetzt und vollumfänglich ausgelastet.

Einzig der Antrag der IPG sticht mit über 200.000€ heraus und wurde, wie von uns nicht anders erwartet, im Finanzausschuss einstimmig abgelehnt.

Es geht ja vermeidlich wieder einmal nur um soziale Aspekte.

Nein, bei unserem Antrag geht es nicht nur um soziale Aspekte. Es geht um handfeste wirtschaftliche und finanzpolitische Interessen!

Wir schaffen überall neue Kita-Plätze, aber es fehlt an allen Ecken und Enden an ausgebildeten Erzieher\*innen. Gerade der Personalmangel stellt die Träger vor immer größere Probleme.

Betreuungszeiten fallen kurzfristig aus, die Gruppen müssen zum Teil mit Notbesetzungen betreut werden und eine Bildungsarbeit ist in vielen Fällen überhaupt nicht mehr möglich. Bildung beginnt im Kindergarten und nicht erst im Campus.

Dieses fehlende Personal können wir uns aber nicht einfach backen. Wir müssen einen Anreiz schaffen, damit sich junge Menschen noch für diesen Beruf entscheiden wollen.

Diese **noch** motivierten jungen Menschen kommen vorwiegend aus der Grafschaft.

Sie besuchen eine Schule in der Grafschaft.

Sie machen hier eine Ausbildung, um später an unseren Kindergärten in der Grafschaft zu arbeiten.

Sie verbessern die Versorgungssicherheit der Kinderbetreuung für unsere Grafschafter Eltern.

Sie betreuen nach ihrer Ausbildung unsere Kinder in der Grafschaft.

In den Kindergärten unserer Grafschaft.

Aber hier mit einem finanziellen Ausgleich für einen Anreiz zu sorgen – dafür sieht die grüne CDU und die SPD keine Notwendigkeit - keinen kausalen Zusammenhang..... und der Landkreis ist dafür ja auch gar nicht zuständig.....

In den ersten beiden Jahren bekommen die Auszubildenden keinerlei finanzielle Unterstützung. In den beiden folgenden Jahren besteht ein Anspruch auf Schüler-Bafög.

In der heutigen Mangelsituation den motivierten Interessenten für den Beruf der Erzieher\*in zu vermitteln, dass sie für den Einstieg in ihre Ausbildung praktisch noch ihr Geld mitbringen müssen, ist kontraproduktiv.

### **Hannover muss das richten.**

Wie bei den Sozialarbeitern an den Grund- und weiterführenden Schulen.

Wie für die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen.

Wie bei der Unterrichtsversorgung an den Oberschulen und Gymnasien.

Wie für die kontinuierliche Entwicklung der Digitalisierung im Schulsektor.

Wie für die gesetzlich verankerte Grundversorgung der Kindergartenplätze.

### **Hannover muss das richten.**

Das sagen auch die **SPD-Frauen aus der Grafschaft Bentheim** und forderten auf dem Bezirksparteitag der SPD in der letzten Woche per Antrag eine bezahlte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher um den Fachkräftemangel nachhaltig zu begegnen. Das soll nun vom Land Niedersachsen **geprüft** werden.

Seit 1996 haben Kinder ab 3 Jahre einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz und seit 2013 auch die Unter-Dreijährigen.

Das sind 28 bzw. 11 Jahre..

Und wie stellt sich im Jahr 2024 die Situation in den KITAs dar?

So kümmert sich Hannover um unsere Kinder.

Mehr will ich hierzu gar nicht mehr sagen.

Schauen sie sich in einer ruhigen Stunde einfach einmal die Studie der Bertelsmann-Stiftung an.

Dort, wo wir selber aktiv werden können, sollten wir das auch tun!

Gerade im Landkreis müssen wir jetzt in Köpfe investieren.

Wir dürfen uns nicht über die hohen Sozialausgaben beklagen, wenn wir gleichzeitig die höchsten Quoten an Schulabgängern ohne Abschluss im niedersächsischen Vergleich haben.

Was gibt es sonst noch Auffälliges im Haushaltsentwurf 2025 ?

Nebenbei bemerkt hat der Landkreis eine kleine aber feine Visualisierungssoftware ins Netz gestellt, mit der man sich die Haushalte ab 2022 sowie die Prognosen bis 2027 anschauen kann.

Hier stellt man sich aber schon die Frage, wie es kann, dass wir von 2023 nach 2024 bei den ordentlichen Aufwendungen im Landkreis pro Einwohner-Kopf einen Sprung von 255€ haben.

( 2023=>2191,49€ bei 140.355 und 2024=>2446,39€ bei 141.556 Einwohner )

Die Personalkosten pro Einwohner-Kopf sind von 363€ auf 400€ gestiegen.( um 37€ )

Die ordentlichen Erträge allerdings nur um ca.160€ pro Kopf.

Somit haben wir ein Fehlbetrag von 130€ je Einwohner.

Wie der Landrat schon erklärt hat, haben wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem.

Gerade im Bereich der Aufwendungen für Sozialleistungen steigen die Kosten stetig und belasten den Haushalt überproportional.

Doch jeden Euro, den wir heute in die Basis der sozialen Absicherung stecken, erspart uns in einigen Jahren ein Vielfaches.

Hierfür fehlt uns aber in Teilen scheinbar einfach nur der Mut.

Wenn wir unseren Kindern heute keine ausreichende Betreuung und keine gute Bildung zukommen lassen, tragen genau diese Kinder später die Lasten der sozialen Absicherung. Heutige Schulabgänger ohne Abschluss sind die potentiellen Bürgergeldempfänger von morgen.

Und wer sich hier auf die Landesregierung verlässt, ist genau das. - Verlassen.

Verlassen ist ein gutes Stickwort.

Vor zwei Jahren haben wir bei den Müllgebühren den Pfad der Gebührenstabilität verlassen.

Damals wurde vordringlich aus Gründen der gestiegenen Energiekosten die Müllgebühren um 10% erhöht.

Heute sind es aus diversen anderen Gründen nicht mehr 10% sondern..... 19%.

Die Gebührenüberschüsse der vergangenen Jahre sind fast vollständig aufgebraucht und auch wenn die nicht gebührengeführten Geschäftsbereiche der AWB keine Verluste einfahren, müssen die Müllgebühren nun schon wieder angehoben werden.

Hier hat ein Umdenken zu erfolgen.

Nach dem Verursacherprinzip sollten mehr die Müllmengen im Fokus der Kostenermittlung liegen.

Wer anteilig mehr Müll produziert, muss auch anteilig höhere Kosten tragen. Diese Herangehensweise fordert die IPG schon seit Jahren.

Vor mehr als 10 Jahren hat die IPG in Person ihres damaligen Vorsitzenden gegen die Abfallgebührenfestsetzung geklagt und .....Recht bekommen.

Danach gab es 10 Jahre lang keine Gebührenerhöhung.

Vielleicht ist **jetzt** wieder einmal ein guter Zeitpunkt für eine richterliche Überprüfung!

Hier verstehe ich auch die Rolle der Grünen im Kreistag nicht. Haben sie sämtliche Grundsätze ihrer Umweltprogrammatik aufgegeben.

Wir müssen aufpassen, dass der Abriss der Eissporthalle nicht symbolisch für die gesamte Kreispolitik steht:

Nur noch ein „Weiter so“ und „Weg damit“

Keine neuen Ideen – keine Impulse für die Zukunft!

Unverständlich, zum Beispiel, dass die Grünen es zugelassen haben, dass sich der Landkreis aus der Planung für Standorte von Wind- und Solarenergie ausgeklinkt hat.

Nicht nur die Auslegung des Meppener Grenztraktats lässt hier grüßen.

Auf diese Politik kann sich wahrscheinlich nicht einmal Frau Sperling einen Reim machen.

Wir müssen aufpassen, dass Verwaltung und Politik, beim Bürger und in der Wirtschaft, nicht nur noch als „Verhinderer“ sondern wieder als „Macher“ wahrgenommen werden.

Wir brauchen auf vielen Ebenen einen Paradigmenwechsel! Wir müssen uns zuerst fragen, wie wir Dinge, die uns in der Zukunft weiterbringen, ermöglichen können! Was wir zu deren Gelingen beitragen können!

Zum Thema Paradigmenwechsel lassen sie mich noch kurz etwas zur ärztlichen Versorgung in der Grafschaft sagen.

In den vergangenen Jahren hat die Euregioklinik, mit Genehmigung des Aufsichtsrates, zich Facharztsitze aufgekauft und zu MVZs umgewandelt.

Wenn man der Ärzteschaft glaubt darf, zum Teil zu Mondpreisen.

Wir sprechen uns gar nicht gegen MVZs aus. Aber wie man hört, ist es auch in den MVZs schwer, zeitnah einen Termin zu bekommen.

Herr Landrat - Wo bleibt das MVZ für die Allgemeinmedizin?

Viele Menschen in der Grafschaft suchen verzweifelt nach einem Hausarzt !

Sie, in ihrer Eigenschaft als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, tragen hier Mitverantwortung für diesen Zustand.

Sie haben zugestimmt, dass Facharztsitze aufgekauft wurden und haben es versäumt, sich um das Thema der Hausärzte zu kümmern.

Nutzen Sie ihre Möglichkeit im Aufsichtsrat der Euregio-Klinik, um diesen Mangel abzustellen!

Abschließend möchte ich mich, wie in jedem Jahr, im Namen der IPG bei allen Mitarbeitern der Finanzabteilung des Landkreises für die umfassende Arbeit zum heutigen Haushaltsentwurf herzlich bedanken.  
Namentlich bei Frau Voß und Herrn Wallmeier.

Sie haben einen soliden Haushaltsplan aufgestellt und diesen dem Kreistag in bewährter Weise vorgestellt.

In meinen Dank möchte ich natürlich auch die gesamte Belegschaft der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit mit einbeziehen.

Danke für ihren Einsatz.

Werte Damen und Herren des Kreistages, sie könnten mit der Zustimmung zu unserem Antrag ein Zeichen setzen können.

Leider sind sie dazu nicht imstande.

Ihr einzig markantes Zeichen in diesem Jahr besteht in der Erhöhung der Abfallgebühren.

Deshalb wird die IPG in diesem Jahr auch ein Zeichen setzen.

Selbst wenn wir dem Haushaltsentwurf in vielen Teilen zustimmen **könnten**, werden wir ihn in diesem Jahr aus besagten Gründen ablehnen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Uwe Heiduczek

Fraktionsvorsitzender IPG

Nordhorn, den 05.12.2024